

Stand: 24.04.2026 11:43:13

## Initiativen auf der Tagesordnung der 44. Sitzung des WI

---

### Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11458 vom 15.04.2026
2. Initiativdrucksache 19/11446 vom 14.04.2026
3. Initiativdrucksache 19/11533 vom 15.04.2026
4. Initiativdrucksache 19/11534 vom 15.04.2026
5. Initiativdrucksache 19/11420 vom 15.04.2026
6. Initiativdrucksache 19/11552 vom 15.04.2026
7. Initiativdrucksache 19/11551 vom 15.04.2026
8. Initiativdrucksache 19/11553 vom 15.04.2026
9. Initiativdrucksache 19/11643 vom 21.04.2026



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

### **Heimatenergien ausbauen – pragmatische Energiepolitik verteidigen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die einseitige Energiewende die Abhängigkeit Bayerns und Deutschlands von ausländischen Energieträgern, kritischen Rohstoffen und ausländischer Fertigung dramatisch erhöht hat. Sie ist kein Garant für Freiheit und Sicherheit, sondern ein Risiko für Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Echte Heimatenergien auf Basis eines technologieoffenen, pragmatischen Energiemixes schaffen echte Souveränität.

Der Landtag befürwortet einen sofortigen Kurswechsel zu pragmatischer Energiepolitik. Der ambitionierte Ausbau wetterabhängiger Energien nach dem EEG-Pfad (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) hat massive Preissteigerungen bei Strom, Heizung und Mobilität verursacht und muss beendet werden. Maßnahmen zur ideologischen Dekarbonisierung oder zur Blockade heimischer Energien lehnt der Landtag ab.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung (Netzpaket, EEG-Novelle, Gebäudemodernisierungsgesetz) auf nachteilige Auswirkungen für Bayern zu prüfen und grundlegende Korrekturen zugunsten eines technologieoffenen Energiemixes, heimischer Ressourcen, bezahlbarer Energie und echter Souveränität zu fordern. Dies umfasst das Ende der Energiewende, die Aufhebung von Dekarbonisierungszwängen sowie die Diversifizierung und Entpolitisierung der Energieimporte einschließlich der Aufhebung kontraproduktiver Sanktionen.

### **Begründung:**

Heimatenergien sind heimische, verlässliche und versorgungssichere Energieträger wie eigene Kernkraftwerke, einheimisches Erdgas (einschließlich Schiefergas/Fracking), Kohle sowie geologischer Wasserstoff. Diese Quellen nutzen Bayerns und Deutschlands riesige einheimische Reserven – Braunkohle für 120 Jahre Strombedarf, Steinkohle für über 1 465 Jahre – und schaffen echte Souveränität statt neuer Abhängigkeiten.

Die aktuelle Energiekrise hat schonungslos offengelegt, wie verletzlich Bayern und Deutschland durch die ideologisch getriebene Energiewende geworden sind. Statt Unabhängigkeit zu schaffen, hat der einseitige Ausbau von Wind- und Solarenergie neue, massive Abhängigkeiten erzeugt – nicht nur von Energieträgern, sondern auch von ausländischen Rohstofflieferanten und Fertigungskapazitäten. Laut den „Big-5“-Energiewendestudien müssen bei einem 100-Prozent-Erneuerbaren-Szenario 29 bis 64 Prozent des Energiebedarfs als grüner Wasserstoff oder E-Fuels aus autokratischen Wüstenstaaten importiert werden. Die Abhängigkeit von Photovoltaik-Fertigung aus China ist dramatisch (90 Prozent der Module, 99 Prozent der Wafer). Zudem ist die Importabhängigkeit Deutschlands seit 2003 weiter gestiegen.

Wind- und Solarenergie verschlingen enorme Mengen kritischer Rohstoffe und zementieren die Notwendigkeit fossiler Backup-Kraftwerke. In Dunkelflauten ist eine komplette zweite Infrastruktur erforderlich. Wind und Solar allein sind daher keine Freiheitsenergien, sondern erhöhen Importabhängigkeit, Flächenverbrauch und Kosten.

Laut Eurostat ist im Laufe der Energiewende die Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Energieimporten seit dem Jahr 2003 bis zum Jahr 2024 von 60,5 auf 66,8 Prozent gestiegen.

Die Energiewende hat die Preise für Energie, Strom, Heizen und Mobilität extrem in die Höhe getrieben. Die gesamtgesellschaftlichen Aufwendungen der grünen Transformation bis 2045 belaufen sich auf rund 13,3 Bio. Euro. Der Ausstieg aus der Kernkraft hat eine selbstverschuldete Kapazitätslücke von 8,5 bis 10 GW geschaffen – bei einem Bedarf von bis zu 35 GW steuerbarer Leistung bis 2035.

Deutschland und Bayern verfügen jedoch über riesige heimische Ressourcen, die eine echte Souveränität ermöglichen: Unkonventionelle Erdgasreserven von rund 30 000 TWh könnten den Jahresbedarf für 35 Jahre decken. Die drittgrößten Braunkohlereserven der Welt reichen für 120 Jahre Strombedarf, die Steinkohlevorräte theoretisch für über 1 465 Jahre. Neueste Studien deuten zudem auf erhebliche Vorkommen natürlichen („weißen“) Wasserstoffs in Nordbayern und den Bayerischen Alpen hin. Bayern könnte zum „deutschen Texas“ werden.

Ein technologieoffener Energiemix aus reaktivierten Kernkraftwerken (ehemals 20 GW), heimischem Fracking-Gas unter hohen deutschen Umweltstandards, Kohleverstromung, geologischem Wasserstoff und fortschrittlichen Reaktortechnologien schafft Versorgungssicherheit, senkt Preise und stärkt die Freiheit. Günstiges russisches Gas muss wieder möglich sein. Die grüne Monokultur von Wind und Solar führt dagegen zu höheren Kosten und neuer Abhängigkeit von China und autokratischen Staaten.

Alles andere wäre ein Festhalten an einer gescheiterten Politik, die Abhängigkeiten schafft, Preise explodieren lässt, Vermögen vernichtet und die Freiheit der Menschen in Bayern einschränkt. Jetzt braucht es einen echten energiepolitischen Neustart: Heimatergien ausbauen – pragmatische Energiepolitik verteidigen.



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Freiheitsenergien ausbauen – erneuerbare Energien verteidigen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die erneuerbaren Energien ein Garant für unsere Freiheit und Sicherheit sind und bekennt sich klar für mehr Unabhängigkeit von teurem, klimaschädlichem Öl und Gas.

Der Landtag befürwortet in Anbetracht der enormen preislichen Verwerfungen an den internationalen Öl- und Gasmärkten weiter einen ambitionierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Freistaat, welcher sich am Ausbaupfad des Erneuerbare-Energien-Gesetzes orientiert. Maßnahmen, die den Ausbau der erneuerbaren Energien durch die Hintertür blockieren, lehnt der Landtag entschieden ab.

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sämtliche energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere das geplante Netzpaket, die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes sowie das Gebäudemodernisierungsgesetz auf nachteilige Auswirkungen auf Bayern zu prüfen und sich für deren grundlegende Korrekturen zugunsten der erneuerbaren Energien und effizienter Technologien einzusetzen.

### **Begründung:**

Die aktuelle Energiekrise hat – wiederholt und schonungslos – offengelegt, wie verwundbar Bayern durch seine Abhängigkeit von importiertem Öl und Gas ist. Explodierende Preise, unsichere Lieferketten und geopolitische Spannungen zeigen: Fossile Energien sind kein Garant für Sicherheit – sie sind ein Risiko.

Erneuerbare Energien sind dagegen heimisch, verlässlich und auf Dauer günstiger. Schon heute dämpfen sie die externen fossilen Preisschocks. Wer in Wind- und Solarenergie investiert, stärkt nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität, politische Unabhängigkeit und die Freiheit der Menschen in Bayern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist damit keine Option mehr, sondern eine Notwendigkeit.

Trotzdem ist der weitere Ausbau akut bedroht durch politische Blockaden und Maßnahmen, die Fortschritt verhindern, statt ihn zu ermöglichen. Das ist angesichts der Lage nicht hinnehmbar. Insbesondere jetzt braucht es klare Prioritäten: Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss sich konsequent an den ambitionierten Zielen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes orientieren – ohne Hintertüren, ohne Abschwächungen.

Die Staatsregierung steht in der Verantwortung, diese Interessen entschlossen zu vertreten und einen echten energiepolitischen Neustart einzufordern: die erneuerbaren Energien müssen als Garant der Freiheit weiter ausgebaut werden. Alles andere wäre ein Festhalten an Abhängigkeiten, die sich Bayern nicht mehr leisten kann.



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

### Freiheitsenergie statt Windkraftblockade

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Windenergie ein zentraler Baustein für eine unabhängige, günstige und klimafreundliche Energieversorgung ist und betont, dass deren Ausbau im überragenden öffentlichen Interesse steht und unserer Sicherheit dient.

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass mindestens 10 Gigawatt zusätzliche Windenergie in Süddeutschland im Rahmen einer Südquote schnellstmöglich ausgeschrieben werden.

Zudem wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, zu verhindern, dass durch das geplante Netzpaket des Bundeswirtschaftsministeriums ein Re-Dispatch-Vorbehalt und Netzenspassgebiete für Erneuerbare Energien eingeführt werden.

Die Staatsregierung wird insbesondere aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Netzanschlussvorrang für Erneuerbare Energien gemäß § 8 Abs. 1 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bestehen bleibt.

### Begründung:

Die Abhängigkeit von fossilen Importen hat zu massiven Preisverwerfungen geführt und die Verwundbarkeit unserer Energieversorgung offengelegt. Windenergie ist in diesem Kontext mehr als nur eine klimafreundliche Technologie – sie ist Freiheitsenergie. Sie steht für Versorgungssicherheit, Resilienz und stabile, langfristig kalkulierbare Preise. Ein entschlossener Ausbau der Windkraft federt fossile Preisexplosionen wirksam ab und stärkt die Unabhängigkeit Bayerns.

Gleichzeitig droht ausgerechnet in dieser angespannten Lage ein energiepolitischer Rückschritt. Das geplante Netzpaket des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie sendet mit Überlegungen zu Re-Dispatch-Vorbehalten und Netzenspassgebieten für Erneuerbare Energien ein fatales Signal. De facto käme dies in Süddeutschland einem Ausbaustopp gleich, genau in dem Moment, in dem jede zusätzliche Kilowattstunde erneuerbarer Energie dringend benötigt wird. Statt den Ausbau zu beschleunigen, würden neue Unsicherheiten geschaffen und Investitionen ausgebremst.

Dabei ist das Gegenteil erforderlich: Mehr Windenergie in Süddeutschland senkt nachweislich die Stromkosten, da sie teure Eingriffe in das Stromsystem (Re-Dispatch) reduziert und somit Netzentgelte senkt. Gleichzeitig trägt dies zur Stabilisierung des Netzes bei. Regionale Erzeugung dort, wo der Strom gebraucht wird, entlastet die Netze und erhöht die Effizienz des Gesamtsystems.

Das Potenzial ist vorhanden: Allein in Bayern befinden sich derzeit über 700 Windenergieanlagen im Genehmigungsprozess. Diese Projekte dürfen nicht weiter verzögert oder politisch ausgebremst werden. Eine gezielte Südquote mit zusätzlichen Ausschreibungen von mindestens 10 Gigawatt wäre ein wirksamer Hebel, um den Ausbau endlich zu beschleunigen, Investitionssicherheit zu schaffen und die Energiewende regional ausgewogen voranzubringen.

Zentral bleibt dabei auch der Vorrang für den Netzanschluss Erneuerbarer Energien gemäß EEG. Dieser Grundsatz ist entscheidend für Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft. Eine Aufweichung würde den Ausbau massiv gefährden und die falschen Anreize setzen.

In der aktuellen Energiekrise braucht es keine neuen Hürden, sondern klare politische Führung: für mehr Tempo beim Ausbau der Windenergie, für sinkende Strompreise und für eine sichere, unabhängige Energieversorgung.



a

## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

**Damit es im Sonnenland Bayern nicht dunkel wird: Solarenergie als Freiheitsenergie weiter ausbauen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Solarenergie ein zentraler Baustein für eine unabhängige, günstige und klimafreundliche Energieversorgung ist und betont, dass deren Ausbau im überragenden öffentlichen Interesse steht und der Sicherheit dient.

Die Staatsregierung wird dazu aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Förderung von kleinen Photovoltaikanlagen in Form der Einspeisevergütung im Rahmen der geplanten Novellierung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) beibehalten bleibt.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die erneuerbaren Energien weiterhin schrittweise an den Markt herangeführt werden.

### **Begründung:**

Die Energiekrise hat deutlich gemacht: Wer auf fossile Energien setzt, macht sich abhängig – wirtschaftlich und geopolitisch. Solarenergie ist demgegenüber Freiheitsenergie. Sie steht für Versorgungssicherheit, Resilienz und eine dezentrale Energieversorgung, die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen unabhängiger von globalen Krisen macht. Gerade im „Sonnenland“ Bayern kommt der Photovoltaik eine Schlüsselrolle zu.

Ein starker Ausbau der Solarenergie wirkt unmittelbar preisdämpfend, stabilisiert die Energieversorgung und stärkt die regionale Wertschöpfung. Die Solarbranche ist in Bayern besonders leistungsfähig – sie bietet enorme Chancen für Arbeitsplätze und Investitionen. Diese Stärke darf nicht durch falsche politische Signale gefährdet werden.

Vor diesem Hintergrund wäre eine Kürzung der Einspeisevergütung für kleine Photovoltaikanlagen, im Rahmen der anstehenden EEG-Novelle, ein gravierender Fehler. Gerade inmitten einer anhaltenden Energiekrise würde dies Investitionen ausbremsen, den Ausbau verlangsamen und für Unsicherheit in der Branche sorgen. Kleine und mittlere Anlagen sind ein zentraler Pfeiler der dezentralen Energieversorgung – ihre Förderung sichert breite Teilhabe und Akzeptanz.

Gleichzeitig ist klar: Die erneuerbaren Energien sollen perspektivisch eigenständig im Markt bestehen. Eine schrittweise und verlässliche Heranführung an den Markt ist daher richtig und notwendig. Genau diesen Pfad sieht das EEG ohnehin vor: Mit dem fortschreitenden Ausbau und spätestens nach dem Kohleausstieg soll sich die erneuerbare Stromerzeugung zunehmend marktgetrieben entwickeln. Voraussetzung dafür ist jedoch ein stabiler, planbarer Übergang – nicht ein abrupter Förderstopp.

Es braucht daher jetzt das richtige Gleichgewicht: verlässliche Rahmenbedingungen und gezielte Förderung, wo sie notwendig ist, kombiniert mit einem klaren Pfad in den Markt. Nur so kann die Solarenergie ihr volles Potenzial entfalten – als Garant für Freiheit, Sicherheit und eine bezahlbare Energiezukunft in Bayern.



## Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

### **Bayerns Energieversorgung schützen – Pläne von Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche stoppen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass

- das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geplante Netzpaket vollständig neu erarbeitet wird, damit Bayerns Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien – insbesondere der Photovoltaik (PV) – nicht durch einen falsch konstruierten Redispatch-Vorbehalt zunichtegemacht werden und der dringend notwendige weitere Ausbau der Windkraft im Freistaat nicht zum Erliegen kommt,
- stattdessen der eigentlich für die hohen Netzkosten verantwortliche lahmende Netz- und Energiespeicherausbau deutlich beschleunigt wird,
- die im Bundesrat auf bayerischer Initiative beschlossene Sonderausschreibung von 5 000 Megawatt für die Windkraft an Land unverzüglich umgesetzt sowie das Referenzertragsmodell und das Ausschreibungsdesign zugunsten windschwächerer Standorte reformiert wird, damit die vielen geplanten und zukünftigen Windprojekte in Bayern realisiert werden können,
- die Förder- und Rahmenbedingungen für Bürgerenergie verbessert werden,
- die private Energiewende in Bayern nicht durch eine Streichung der Einspeisevergütung für kleine PV-Anlagen abgewürgt und statt der Einführung einer praktisch nicht umsetzbaren Direktvermarktungspflicht der flächendeckende Rollout von Smart Metern deutlich beschleunigt wird,
- das Potenzial der rund 2 700 bayerischen Biogasanlagen als steuerbare und klimafreundliche Kraftwerksleistung in der Kraftwerksstrategie des Bundes angemessen berücksichtigt und diese Anlagen nicht durch den Redispatch-Vorbehalt vom Netzanschluss abgeschnitten werden,
- die bundesgesetzlichen Flächenziele für die Windkraft erhalten bleiben und die damit verbundene Planungssicherheit für die bayerischen regionalen Planungsverbände gewahrt bleibt,
- dem energiepolitisch gegen bayerische Interessen gerichteten Kurs von Bundesministerin Katherina Reiche entschlossen entgegenzutreten, damit die Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Bayern sinken und nicht steigen sowie Schaden für den Klimaschutz, die Energiesouveränität und die regionale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien im Freistaat abgewendet wird.

**Begründung:**

Bayern ist Vorreiter beim Ausbau der PV und holt bei der Windkraft auf. Ausgerechnet dafür würde der Freistaat durch das Netzpaket von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche bestraft.

Der Kern des Problems ist der sogenannte Redispatch-Vorbehalt: Neue erneuerbare Anlagen in Netzengpassgebieten sollen künftig keine Ausgleichszahlungen mehr erhalten, wenn sie wegen überlasteter Leitungen keinen Strom einspeisen können – und das bis zu zehn Jahre lang. Das finanzielle Risiko würden allein die Vorhabenträger bzw. Betreiber tragen.

Laut einer Studie des Beratungsunternehmens enervis im Auftrag von Green Planet Energy wären große Teile Bayerns schwer benachteiligt – nahezu alle bayerischen Landkreise könnten als sogenannte kapazitätslimitierte Netzgebiete eingestuft werden. Der Grund: Der erfolgreiche Solarausbau im Freistaat. Bayerns Leistung beim Klimaschutz wird von der Lösung zum Problem umgedeutet. Der eigentliche Verursacher – der verschlafene Netzausbau – wird nicht einmal erwähnt.

Bundesweit stünden laut der Studie über 32 Gigawatt an Erneuerbaren-Projekten und Investitionen von rund 45 Mrd. Euro vor dem Aus. Renommiertere juristische Gutachten – unter anderem der Kanzlei RAUE im Auftrag des Bundesverbands WindEnergie und der Stiftung Umweltenergierecht – kommen zudem zu dem Ergebnis, dass der Redispatch-Vorbehalt gegen EU-Recht verstößt.

Besonders widersinnig ist, dass der Entwurf von Katherina Reiche nicht zwischen Technologien unterscheidet: Weil Bayern durch seinen hohen Solaranteil Netzengpässe verursacht, würden dort auch neue Windkraftanlagen blockiert – obwohl der Freistaat ohnehin zu den Schlusslichtern beim Windausbau gehört.

Auch die rund 2 700 bayerischen Biogasanlagen, die als steuerbare Kraftwerksleistung gerade keine Netzengpässe verursachen, sondern das Netz stabilisieren, wären vom Wegfall des Netzanschlussanspruchs betroffen. Die Staatsregierung fordert mit Recht den Ausbau flexibler Biogasanlagen als Alternative zu den milliardenschweren Gaskraftwerk-Neubauten des Bundes – Katherina Reiches Netzpaket würde genau das verhindern.

Gleichzeitig benachteiligt das bestehende Ausschreibungsdesign der Bundesnetzagentur Windkraftprojekte im windschwächeren Süden massiv. Bayern genehmigt Windräder mittlerweile sehr schnell, doch bei der jüngsten Bundesausschreibung im Februar 2026 entfielen auf Bayern und Baden-Württemberg zusammen gerade einmal zwei Prozent des Zuschlagsvolumens – obwohl die Ausschreibung mit fast 8 000 Megawatt an Geboten mehr als doppelt überzeichnet war.

Eine aktuelle Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft im Auftrag der Erneuerbaren-Verbände aus Bayern und Baden-Württemberg zeigt, dass mehr Windkraft im Süden das Gesamtsystem deutlich effizienter machen und jährlich bis zu 1,8 Mrd. Euro an Redispatch-Kosten einsparen könnte. Der Bundesrat hat deshalb am 27. März 2026 auf Initiative Bayerns eine Sonderausschreibung von 5 000 Megawatt Windkraft beschlossen. Es wäre grotesk, wenn Katherina Reiches Netzpaket genau die Projekte gefährdet, für die Bayern selbst im Bundesrat gekämpft hat.

Dass Netzengpässe nicht durch das Abwürgen der Erneuerbaren gelöst werden, sondern durch Speicherausbau und Netzmodernisierung, zeigt das Beispiel Kalifornien eindrucksvoll: Der US-Bundesstaat – für sich genommen die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt – hat seine Batteriespeicher-Kapazität innerhalb von sechs Jahren von 0,5 auf über 15 Gigawatt verdreißigfacht. Im Sommer 2024 bewältigte Kalifornien Hitzerekorde ohne einen einzigen Blackout. Speicher gleichen dort Solarspitzen aus und liefern abends zuverlässig Strom. Deutschland hat hier massiven Nachholbedarf. Doch statt Speicher zu fördern, gibt Katherina Reiche den Erneuerbaren die Schuld für marode Netze.

Auch der drohende Wegfall der Einspeisevergütung für private Dachanlagen trifft den Freistaat besonders hart. Der geplante Förderstopp und eine Direktvermarktungspflicht für Kleinanlagen würden die private Energiewende faktisch beenden, denn alles vom Elektroauto über den Speicher bis zur Wärmepumpe steht und fällt mit der privaten PV-

Anlage – ausgerechnet in einer Zeit, in der der Iran-Krieg die teuren geopolitischen Abhängigkeiten von Öl- und Gasimporten nicht nur an den Tankstellen deutlich aufzeigt. Das Fraunhofer-Institut warnt ausdrücklich, dass die technischen Voraussetzungen für eine Pflicht zur Direktvermarktung derzeit nicht gegeben sind: Es fehlt schlicht an smarter Netzinfrastruktur.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die bayerischen Interessen, Fortschritte und Perspektiven bei der Energiewende im Freistaat, gegen den energiepolitischen Frontalangriff der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche auf Bundesebene entschieden zu verteidigen.



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und  
**Fraktion (AfD)**

### **Stopp der Wasserstoff-Außenaktivitäten und Sicherung der Versorgung mit Seltenen Erden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sämtliche Ausgaben für internationale Wasserstoff-Außenaktivitäten, insbesondere Delegationsreisen, Messeprogramme, Dialogformate sowie sonstige außenwirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Wasserstoff, mit sofortiger Wirkung vollständig einzustellen,
- die hierfür bislang vorgesehenen Haushaltsmittel vollständig umzuwidmen und gezielt für den Aufbau und die Absicherung strategischer Rohstoffpartnerschaften im Bereich Seltene Erden einzusetzen, um die Versorgung der bayerischen Industrie nachhaltig zu sichern und zu diversifizieren,
- ein eigenständiges außenwirtschaftliches Rohstoffprogramm für Seltene Erden zu etablieren, das insbesondere auf den Abschluss konkreter, belastbarer und langfristiger Liefer- und Kooperationsabkommen mit rohstoffreichen Partnerländern ausgerichtet ist,
- verbindliche, quantitative und überprüfbare Erfolgskriterien für sämtliche Maßnahmen im Rahmen dieses Rohstoffprogramms festzulegen, insbesondere hinsichtlich
  - gesicherter Importmengen,
  - Diversifizierungsgrad der Lieferländer,
  - Kostenentwicklung und wirtschaftlicher Tragfähigkeit,
  - tatsächlicher Versorgungssicherheit für die bayerische Industrie.
- auf Bundes- und EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass eine koordinierte und strategisch ausgerichtete Rohstoffaußenpolitik etabliert wird, die die Abhängigkeit von einzelnen Lieferstaaten – insbesondere der Volksrepublik China – wirksam reduziert.

### **Begründung:**

Zwischen 2018 und 2025 hat die Staatsregierung rund 1,35 Mio. Euro an Steuermitteln für internationale Wasserstoff-Außenaktivitäten ausgegeben, darunter insbesondere für Delegationsreisen, Messeprogramme sowie Dialog- und Veranstaltungsformate. Trotz dieses Mitteleinsatzes existieren weder verbindliche Wasserstoffpartnerschaften noch rechtlich belastbare Abkommen. Die Ergebnisse beschränken sich auf unverbindliche Absichtserklärungen ohne konkrete Verpflichtungen oder gesicherte Lieferbeziehungen (Drs. 19/10025; Drs. 19/6478).

Gleichzeitig bestehen erhebliche Diskrepanzen zwischen den energiepolitischen Zielsetzungen und der tatsächlichen Umsetzung. Der prognostizierte Importbedarf von 30 bis 70 Terawattstunden Wasserstoff jährlich bis 2040 ist bislang weder organisatorisch noch vertraglich abgesichert. Eine konkrete Realisierung dieser Zielgrößen ist nicht erkennbar.

Die grundsätzliche Umsetzbarkeit der Wasserstoffstrategie wird zudem zunehmend infrage gestellt. Es bestehen erhebliche Zweifel daran, dass die geplanten Produktionskapazitäten und Importmengen bis 2030 erreicht werden können, während gleichzeitig auch die Nachfrage deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Darüber hinaus fehlt es an wirtschaftlicher Tragfähigkeit. Importierter Wasserstoff wird auch langfristig deutlich teurer bleiben als konventionelle Energieträger. Prognosen gehen für das Jahr 2030 von Kosten zwischen 105 und 195 Euro pro Megawattstunde (MWh) aus. Weitere Analysen bestätigen ein Preisniveau von etwa 120 Euro pro MWh mit nur begrenzten Kostensenkungen bis 2045. Demgegenüber liegen die aktuellen Erdgaspreise bei rund 50 Euro pro MWh, die bereits eine erhebliche Belastung für die Industrie darstellen. Eine wettbewerbsfähige Nutzung importierten Wasserstoffs ist damit auf absehbare Zeit nicht gegeben.

Während erhebliche Mittel in ein politisches Handlungsfeld ohne belastbare Ergebnisse fließen, besteht im Bereich kritischer Rohstoffe ein akutes strukturelles Risiko. Seltene Erden sind unverzichtbar für zentrale industrielle Wertschöpfungsketten, insbesondere in der Automobilindustrie, Elektronik, Luftfahrt und Medizintechnik. Der jährliche Bedarf der bayerischen Industrie liegt bei rund 200 Tonnen und wird vollständig durch Importe gedeckt.

Die Importstruktur ist dabei hochgradig einseitig. Rund 95 Prozent der Versorgung erfolgen über China, das zugleich mehr als 90 Prozent der globalen Raffinadeproduktion kontrolliert. Diese Konzentration stellt ein erhebliches Risiko für die Versorgungssicherheit dar. Bereits kurzfristige Störungen, etwa durch Exportbeschränkungen oder logistische Unterbrechungen, können erhebliche wirtschaftliche Schäden verursachen.

Vor diesem Hintergrund erfordert eine verantwortungsvolle Industrie- und Wirtschaftspolitik eine klare Priorisierung. Die vollständige Einstellung ineffektiver Wasserstoff-Außenaktivitäten und die konsequente Umwidmung der Mittel in strategische Partnerschaften zur Sicherung der Versorgung mit Seltenen Erden stellen einen notwendigen Schritt dar, um die Resilienz der bayerischen Wirtschaft zu stärken und die Versorgungssicherheit nachhaltig zu gewährleisten.

Die Einführung klarer, quantitativer und überprüfbarer Erfolgskriterien stellt dabei sicher, dass staatliche Mittel künftig zielgerichtet, effizient und nachweisbar wirksam eingesetzt werden.



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier, Franz Bergmüller**  
und **Fraktion (AfD)**

### **Einrichtung eines zentralen KI-gestützten Online-Meldeportals für bürokratische Belastungen in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein zentrales, für Bürger und Unternehmen offen zugängliches Online-Meldeportal zur Erfassung bürokratischer Belastungen, Verwaltungshürden und Verbesserungsvorschläge einzurichten.

Dieses Portal soll sich am österreichischen Modell der „Servicestelle für Entbürokratisierungs- und Deregulierungsanliegen“ (SEDA) sowie am bundesdeutschen „EinfachMachen“-Portal orientieren und mit KI-basierten Verfahren zur automatischen Vorfiltrierung, thematischen Kategorisierung, Qualitätsbewertung, Ermittlung betroffener Rechtsvorschriften und Bestimmung der jeweiligen Kompetenzebene (EU, Bund, Freistaat, Kommunen) ausgestattet werden. Die eingegangenen Meldungen sollen systematisch ausgewertet und in geeigneter Form an die zuständigen Ressorts weitergeleitet werden. Das Portal ist langfristig in die bestehenden digitalen Infrastrukturen des Freistaates – insbesondere das BayernPortal, die BayernID und das elektronische Unternehmenskonto – zu integrieren.

#### **Begründung:**

In Österreich hat das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) im Oktober 2025 SEDA eingerichtet. Über das zentrale Portal können Bürger und Unternehmen konkrete bürokratische Hürden melden und Verbesserungsvorschläge einreichen. Bis zum Stichtag 12. Dezember 2025 sind dort bereits 4 249 Eingaben eingegangen, was in Medienberichten und Parlamentsmaterialien als großes Bürgerinteresse beschrieben wird und die hohe Akzeptanz sowie den praktischen Nutzen eines solchen Instruments belegt.

Auf Bundesebene in Deutschland wurde im Dezember 2025 das digitale Bürokratiemeldeportal „EinfachMachen“ beim Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) in Betrieb genommen, das ebenfalls KI-Verfahren zur automatischen Auswertung, Kategorisierung und Priorisierung von Meldungen nutzt. Beide Projekte zeigen, dass ein niedrighschwelliges, digital gestütztes Meldeportal eine wertvolle Ergänzung zu klassischen Entbürokratisierungsmaßnahmen darstellt.

Im Freistaat fehlt bislang ein vergleichbares zentrales und für alle Bürger sowie Unternehmen offen zugängliches Landesportal zur Meldung von bürokratischen Hemmnissen. Dies stellt eine spürbare Lücke dar, obwohl die Staatsregierung mit vier Modernisierungsgesetzen, dem „Einfach machen“-Gesetz einschließlich seiner Modellregionen und der Kommission zur Staatsmodernisierung bereits Anstrengungen zur Reduzierung von Verwaltungsaufwand unternommen hat. Ein eigenes bayerisches Meldeportal würde Bürgern und Unternehmen ein direktes Instrument zur Verfügung stellen, konkrete Belastungen zu benennen, und gleichzeitig eine systematische, evidenzbasierte Grundlage für weitere Reformen schaffen.

Ein wesentliches praktisches Problem solcher Portale besteht darin, dass Nutzer bürokratische Hürden häufig unpräzise beschreiben und oftmals nicht über ausreichendes Fachwissen zu spezifischen Gesetzen, Verordnungen, Paragraphen oder Zuständigkeiten verfügen. Insbesondere ist vielen nicht klar, ob eine Belastung auf EU-Recht, Bundesrecht oder Landesrecht beruht. Der Freistaat kann nur in eigenen Zuständigkeitsbereichen unmittelbar handeln und muss bei übergeordneten Ebenen auf Bundsratsinitiativen, EU-Konsultationen und Schreiben zurückgreifen. Eine manuelle Auswertung einer großen Zahl von Meldungen würde zudem erhebliche personelle Ressourcen in Staatsministerien und Behörden binden.

Genau an dieser Stelle erweist sich eine KI-basierte Vorfilterung als entscheidender Mehrwert. Sie ermöglicht die automatische Sortierung nach Themen, die Identifikation relevanter Rechtsvorschriften, die Zuordnung zur richtigen Kompetenzebene sowie die Bündelung oder Aussortierung von Duplikaten und weniger belastbaren Meldungen. Dadurch können qualitativ hochwertige Anliegen priorisiert, automatische Rückmeldungen generiert und die Vorschläge effizient an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden.

Die KI-basierte Vorfilterung, Kategorisierung und Priorisierung der Meldungen stellt ein System mit begrenztem Risiko im Sinne des EU AI Act dar. Sie dient ausschließlich der Unterstützung und Effizienzsteigerung der Verwaltung und unterliegt daher primär Transparenz- und Informationspflichten. Eine abschließende menschliche Prüfung und Entscheidung durch die zuständigen Fachstellen der Staatsregierung bleibt in jedem Fall gewährleistet.

Die Einrichtung eines solchen KI-gestützten Portals würde nahtlos an die bisherigen bayerischen Initiativen zur Staatsmodernisierung anknüpfen und diese konsequent weiterentwickeln. Durch die Integration in etablierte Plattformen wie das BayernPortal, die BayernID und das elektronische Unternehmenskonto ließe sich nicht nur die Nutzerfreundlichkeit und Datensicherheit maximieren, sondern auch eine einheitliche, langfristig belastbare Datengrundlage für die Analyse und den Abbau bürokratischer Belastungen im gesamten Freistaat schaffen. Bayern könnte damit eine Vorreiterrolle bei der digital gestützten, bürgernahen Entbürokratisierung einnehmen.



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier, Franz Bergmüller**  
und **Fraktion (AfD)**

### **KI-gestützte automatische Fördermittelzuordnung im zentralen digitalen Zugang (One-Stop-Shop) für Unternehmen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen des laufenden Aufbaus des einheitlichen digitalen Unternehmenskontos und des zentralen digitalen Zugangs (One-Stop-Shops) für Unternehmen – bestehend aus dem Unternehmenskonto als zentraler digitaler Identität, dem Portalverbund sowie der OZG-Infrastruktur (OZG = Onlinezugangsgesetz) – ein künstliches Intelligenz-System nach dem Vorbild des österreichischen „Grants4Companies“ zu integrieren. Dieses System soll Unternehmensdaten aus den vorhandenen Registern unter strikter Einhaltung des Once-Only-Prinzips automatisch abrufen, mit den Bedingungen der Förderprogramme abgleichen und den Unternehmen individuell passende Förderprogramme vorschlagen sowie eine medienbruchfreie, vereinfachte Antragstellung und Bearbeitung per Knopfdruck ermöglichen.

#### **Begründung:**

Die Staatsregierung hat sich in den vergangenen Jahren zum Ziel gesetzt, die Digitalisierung der Unternehmensverwaltung voranzutreiben. Mit dem bundesweit einheitlichen „Mein Unternehmenskonto“, das maßgeblich von Bayern mitentwickelt wurde und auf ELSTER-Zertifikaten basiert, steht eine zentrale digitale Identität für Unternehmen zur Verfügung, die den Login bei Behördenportalen, die digitale Antragstellung, den Empfang von Bescheiden sowie die Kommunikation mit Behörden ermöglicht. Ergänzt wird dies durch Instrumente wie den Förderfinder Bayern und das BayernPortal. Diese Bausteine sind Teil der bundesweiten Umsetzung des OZG, das vernetzte Verwaltungsportale und das Once-Only-Prinzip vorsieht.

Trotz dieser Bemühungen besteht weiterhin kein vollständiger, nutzerzentrierter One-Stop-Shop. Unternehmen müssen Fördermöglichkeiten derzeit manuell über verschiedene, teils unvollständig verknüpfte Plattformen suchen. Gleichzeitig existieren in Bayern ressortübergreifend mehr als 400 Förderprogramme, die nach Einschätzung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) häufig kleinteilig, unzureichend aufeinander abgestimmt und mit unverhältnismäßig hohem Verwaltungs- und Personalaufwand verbunden sind.

Ein echter One-Stop-Shop erfordert daher neben der technischen Verknüpfung von Identität, Portal und Backend-Infrastruktur auch eine intelligente, automatisierte Unterstützung bei der Identifikation passender Leistungen. Hier bietet Österreich mit seiner Digitalisierungsstrategie Digital Austria und dem darin integrierten Unternehmensserviceportal (USP) sowie dem KI-System „Grants4Companies“ ein erfolgversprechendes Vorbild. Das System zieht Unternehmensdaten aus Registern, analysiert sie algorithmisch im Abgleich mit den formalisierten Förderbedingungen und generiert maßgeschneiderte Empfehlungen.

Die Integration eines vergleichbaren KI-Systems in das bayerische Unternehmenskonto würde den Verwaltungsaufwand deutlich senken, die Trefferquote bei Förderprogrammen erhöhen und die Nutzung öffentlicher Mittel zielgenauer machen. Unternehmen könnten proaktiv und individuell über exakt zu ihrem Profil passende Programme informiert werden und diese mit einem Knopfdruck beantragen, während die Verwaltung von Routineprüfungen entlastet wird. Angesichts der vom Rechnungshof kritisierten Fragmentierung der Förderlandschaft würde eine solche Lösung zudem die Chance eröffnen, mittelfristig zu einer Verschlankung und besseren Abstimmung der Programme beizutragen.

Über die Förderprogramme hinaus bestünde das Potenzial, das KI-System perspektivisch auch für die proaktive Information über steuerliche Erleichterungen und andere wirtschaftsentlastende Maßnahmen einzusetzen, um Unternehmen ganzheitlich und niedrigschwellig zu unterstützen. Eine solche Weiterentwicklung würde die Digitalisierung der bayerischen Wirtschaftsverwaltung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau heben.



## Antrag

der Abgeordneten **Maximilian Böttl, Kerstin Schreyer, Martin Wagle, Daniel Artmann, Konrad Baur, Dr. Stefan Ebner, Kristan Freiherr von Waldenfels, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzingler, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Steffen Vogel CSU,**

**Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Offensive für den Finanzplatz München und die Finanzwirtschaft in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin für die Verbesserung der Rahmenbedingungen am Finanzplatz München einzusetzen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, in den zuständigen Ausschüssen zu den derzeit laufenden Aktivitäten zur Neuaufstellung der Finanzplatz München Initiative sowie zu geplanten Maßnahmen, die das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie in diesem Zusammenhang plant, zu berichten.

### **Begründung:**

Der Finanzplatz München ist Deutschlands führendes Versicherungszentrum, die Heimat starker Banken, ein wichtiger Börsenplatz sowie Europas Hotspot für Private Equity, Venture Capital, Family Offices, Vermögensverwaltungen und Leasingunternehmen. Der Finanzsektor ist einer der führenden Wachstumstreiber und Arbeitgeber in Bayern. Zugleich steht die Branche im internationalen Kontext durch die dreisäulige Struktur, durch Übernahmen und Zusammenschlüsse von Finanzinstituten und den Markteintritt neuer Unternehmen vor besonderen Herausforderungen, die weiterhin eng politisch begleitet werden sollten, um die vorhandenen Chancen für eine der Leistungsbranchen Bayerns aktiv zu nutzen und sich auch gemeinsam in deutschen und europäischen Gesetzgebungsverfahren zu positionieren.

Im Zusammenhang mit dem Bericht der Staatsregierung könnten unter anderem folgende Überlegungen in die strategische Diskussion einfließen:

- Wissenschafts- und Ausbildungscluster in Bezug auf Banken, Versicherer, Fintechs stärken
- Bayern als Vorreiter für Wissensaufbau bzgl. Versicherungen, Altersvorsorge und Kapitalmärkte in Schulen und Erwachsenenbildung

- 
- München als führender Hotspot für Fintechs, Neobanken, Neobroker und digitale Währungen sowie weiterer Ausbau der Aktivitäten des InsurTech Hub Munich
  - Etablierung von Regulatory Sandboxes als zeitlich und räumlich begrenzte Testfelder für Innovationen der Finanzbranche – unter Beteiligung der Aufsichtsbehörden
  - Voranbringen von staatlich geförderten Altersvorsorgedepots und ggf. Integration landesgesetzlicher Leistungen
  - Bürokratieabbau für die europa- und bundesrechtliche Regulierung in der Finanzbranche, u. a. mehr Proportionalität bzgl. kleiner/mittlerer Banken
  - Aktionseinheit von Staatsregierung und Finanzbranche für die Mittelstands- und Wachstumsfinanzierung, auch unter Beteiligung von Landesbank und LfA
  - Politische Einbindung der Akteure am Finanzplatz als Thinktank, z. B. für Risikokapital, Demografie, Digitalisierung und Klimaschutz
  - Standortmarketing für die über die Landeshauptstadt hinaus bestehenden Mehrwerte Münchens